

Antrag zur nächsten Sitzung des Sozial- und Schulausschusses am 01.03.2022 und zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 24.03.2022:

Wir bitten um Zustimmung zu nachfolgendem Beschluss:

Der Bürgermeister wird gebeten mit den Immobilienunternehmen Verhandlungen aufzunehmen, bei denen die soziale Zweckbindung der Mietwohnungen in Reinbek bis 2030 ausläuft. Ziel der Verhandlungen soll eine Verlängerung der sozialen Zweckbindung und der Benennungsrechte sein. Bei Wohnungen mit sozialer Zweckbindung, für die bisher kein Benennungsrecht existiert, sollte die Einräumung von Benennungsrechten angestrebt werden.

Begründung:

Bis zum Jahr 2030 verlieren in der Stadt Reinbek 137 von insgesamt 211 Wohnungen ihren Status als geförderte Wohnung. Da diese Wohnungen vor vielen Jahren aus heutiger Sicht preiswert gebaut wurden und geringere finanzielle Lasten für den Eigentümer nach sich ziehen als neu gebaute Wohnungen, kann es erfolgversprechend sein eine Verlängerung der Zweckbindung anzustreben.

Das Benennungsrecht sollte dabei nach unserer Auffassung Vorrang vor einer möglichst niedrigen Miete haben. Entsprechende Vereinbarungen können auch ohne Einbindung der IBSH getroffen werden.

Reinbek, den 24.01.2022

Für die FDP-Fraktion / Anita Piletzky, Volker Dahms, Christian Bode, Jari Grünig und Bernd Uwe Rasch

---

Bankverbindung: Sparkasse Holstein · BIC NOLADE21HOL  
IBAN DE03 2135 2240 0020 0970 45

Vorstand FDP Reinbek · Jari Grünig · Eberescheweg 3 · D - 21465 Reinbek  
Telefon +49 (040) 710 075 17 · Telefax +49 (040) 73119569  
gruenig@fdp-reinbek.de